Saharawische Aktivisten stellen die Menschenrechtsverstöße und die Repressionen in den Lagern Tinduf an den Pranger

Genf–Während der 58. Tagung des Menschenrechtsrates in Genf stellten führende Vertreter der saharawischen Gemeinschaft die Menschenrechtsverstöße und die Unterdrückung abweichender Meinungen vonseiten der Front Polisario in den Lagern Tinduf (im Südwesten Algeriens) sowie die dort vorherrschende verzweifelte Lage an den Pranger, im vorliegenden Falle unter jungen Menschen.

Unter dem Punkt 3 der Generaldebatte forderten sie vonseiten der internationalen Gemeinschaft ein, zum Schutze der Rechte der in den Lagern Tinduf ausharrenden Menschen agieren und den Staat Algerien für dessen Rolle bei diesen Menschenrechtsverstößen zur Rechenschaft ziehen zu haben.

Frau Saadani MAOULAININE, aus der Organisation für die Kommunikation in Afrika und für die Förderung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit (aus der OCAPROCE), bekundete das Besorgnis ihrer Organisation über die anhaltenden Probleme der saharawischen Jugendlichen in den Lagern Tinduf.

„Durch 50 Jahre hindurch sind ihnen ihre grundlegendsten Rechte vorenthalten worden und sie sind dazu gezwungen worden, in den Lagern Tinduf ausharren und Gewalt und soziale Ungerechtigkeit auf sich nehmen zu haben“, bereute die ehemalige saharawische Aktivistin, die nach Kuba deportiert worden war.

Die saharawische Aktivistin verwies darüber hinaus auf den Mangel an Arbeitsmöglichkeiten in den Lagern

Tinduf sowie auf den Mangel jeglicher Aussicht auf Hoffnung bzw. auf ein menschenwürdiges Leben.

„All diesen jungen Menschen fehlt es an Gerechtigkeit“, was eine mangelnde Motivation und die Unsicherheit nach sich führe, fuhr sie fort.

Frau Saadani MAOULAININE forderte das UNHRC dazu auf, Partei für die Beendigung der Straflosigkeit der Anführer der Front Polisario und für eine gerechte, friedliche und umfassende Lösung der Sahara-Frage ergreifen zu haben.

Herr Hassan EL GRAMEZ, aus der NGO „Förderung der wirtschaftlichen und der sozialen Entwicklung“ (aus der PDES), stellte fest, dass die Front Polisario weiterhin eine repressive Politik anwende, die jede abweichende Stimme unterdrücke und die Population ihrer grundlegendsten Menschenrechte beraube.

In den Lagern Tinduf werde jede Opposition der Front Polisario entgegen „systematisch unterdrückt; politische Parteien sind untersagt“, fügte er hinzu, darauf verweisend, dass die separatistische Organisation zudem „starke Einschränkungen der Meinungsfreiheit“ verhänge und „Menschenrechtsverfechtern, Journalisten, Aktivisten und Bloggern im Nacken sitzt“.

„Die Führung der Front Polisario wendet repressive Methoden allen Formen der Opposition und den Menschenrechtsverfechtern entgegen an, deren Vision nicht mit ihrer eigenen Vision übereinstimmt“, stellte die NGO PDES die Behauptung auf, bemerkend, dass „die Brandmarkung des Verrats unter dem Vorwand der Einheit unter den Führern und unter den Mitgliedern der Front Polisario Gang und Gäbe bleibt“.

Der NGO zufolge übernehme der algerische Staat, der die Front Polisario auf dessen Hoheitsgebiet beheimate, den Regeln des Völkerrechts entsprechend die gänzliche Verantwortung für die auf dessen Hoheitsgebiet verschuldeten Verstöße.

Sie unterstrich, dass sich der Staat Algerien der internationalen Darstellung und der Verbreitung des Diskurses der „saharawischen Flüchtlinge“ zum Trotz verweigere, die Population der Lager Tinduf als Flüchtlinge anerkennen und ihnen die daraus ergebenden Rechte ihren Verpflichtungen, welche der Genfer Flüchtlingskonvention entspringen, und dem Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge entsprechend gewähren zu haben.

Die Verweigerung des Flüchtlingsstatus für diejenigen, die seit mehr als vier Jahrzehnten in den Lagern Tinduf ausharren, hindert sie kategorisch daran, ihre bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Rechte wahrnehmen zu dürfen, immer der NGO zufolge.

Andere Redner betonten, dass das Fehlen eines definierten Rechtsrahmens die Einwohner der Lager Tinduf einer willkürlichen Inhaftierung, Folter und Verschwindenlassen aussetze, auf die Berichte von über mehr als 140 Saharawis verweisend, die vonseiten der Führer der Front Polisario kaltblütig verhaftet und ermordet worden waren.

In Bezug auf die Meinungs-und-Vereinigungsfreiheit seien die in den Lagern Tinduf sequestrierten Menschen starken Einschränkungen ausgesetzt, die oft Verhaftungen und Repressionen nach sich führten, den Rednern zufolge.

Sie verwiesen auf den Fall zahlreicher junger saharawischer Journalisten, die verhaftet und inhaftiert worden waren, nur weil sie ihre Meinungsverschiedenheiten den Führern der Front Polisario gegenüber zur Sprache brachten.

Die Redner nahmen zum Schluss die Veruntreuung der humanitären Hilfe vonseiten der Front Polisario und deren Veräußerung auf den lokalen Märkten in Algerien und in den Ländern südlich der Sahara unter Beschuss.

In diesem Zusammenhang forderten sie das CDH dazu auf, sich dafür einsetzen zu haben, dass das Hohe Flüchtlingskommissariat (das UNHCR) die Population in den Lagern Tinduf registriert und unter Schutz nehmen sollte, zwecks dessen zur Umsetzung der Maßnahmen zwecks der Verhinderung der Veruntreuung von Hilfsgütern beisteuern zu dürfen und die Meinungs-,Vereinigungs-und-Bewegungsfreiheit garantieren zu haben.

Quellen:

http://www.corcas.com

http://www.sahara-online.net

http://www.sahara-culture.com

http://www.sahara-villes.com

http://www.sahara-developpement.com

http://www.sahara-social.com